



Linksgrüne Lügner bestreiten Christenverfolgung



Wir müssen das festhalten. Merkel hatte in einem Anfall von Realitätssinn vor ein paar Tagen gesagt, das Christentum sei die am meisten verfolgte Religion heute. Man glaubt es nicht, aber linksgrüne Charakterlumpen im Land bestreiten das, darunter der UN-Sonderberichterstatter über Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Heiner Bielefeldt (Foto), der rechtspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Jerzy Montag, der Deutschland-Direktor von Human Rights Watch, Wenzel Michalski, und einer von Amnesty International.

Alle sagten, es sei nicht sinnvoll, die Religionen zu trennen, alle seien verfolgt. Wo bitte ist der Islam als Religion verfolgt? Wo sind die Buddhisten verfolgt? Wo die Hinduisten? Anstatt Roß und Reiter zu nennen und klar zu sagen, daß es meist die islamischen Staaten und deren Bürger sind, die Christen (und Juden) verfolgen, lenken diese pseudo-humanitären Lügner in primitivster Manier ab und fangen mit verschleiernder Erbsenzählerei an. In Wirklichkeit ist es

diesen vier menschenverachtenden Typen egal, wenn sämtliche Christen totgeschlagen werden. So ist das! Wir verlinken diese impertinenten Lügner:

- » Befremdung über Merkels Äußerung zu verfolgten Christen!
- » Kritik an Merkels Äußerungen zur Christenverfolgung!
- » Dobrindt kritisiert Grüne!

Übrigens halten sich auch PI-Kommentatoren bei Christenverfolgungen auffällig zurück!

Warum der weiße Mann die Macht verliert...



... in den USA. So

titelt erfreut die rote WAZ und schreibt das, was wir gestern morgen auch schon kommentiert haben, nämlich daß die Latinos mit überwältigender Mehrheit für Obama gestimmt haben. Damit hätten sie der republikanischen Partei die Versäumnisse in der Einwanderungspolitik aufgezeigt, deren traditionelle Wählergruppe schrumpfe. Bis 2050 werde sich die Gruppe der Zuwanderer verdoppeln. Was die WAZ-Dubel vergessen: in Deutschland ist es genauso. Und dies ist jenseits und diesseits des Atlantiks keine Bereicherung.

Man kann nicht permanent Millionen armer Leute in ein Land holen und glauben, dadurch würden alle reicher. Man sieht

schon wieder voraus, wie in ein paar Monaten irgendeine bekloppte ARD-Blondine durch irgendwelche armen US-Vorstädte oder Slums tigert und erfreut den Niedergang Amerikas filmt. Einen Zusammenhang erkennen diese begriffsstutzigen GEZ-Weibsbilder nicht.

Hierzulande verliert der weiße einheimische Mann schon längst. Wir haben immer mehr Arme, wird jeden Tag gejammert. Wir haben eine neue Armut im Land, 10.000 Wohnungen fehlen, meldet die SHZ heute morgen, aber der rote Landtag in Kiel verankert als erstes Landesparlament den Schutz der Sinti und Roma in der Verfassung. Ein Zusammenhang zwischen Armut und Wohnungsnot und Zehntausenden von armen einwandernden Zigeunern besteht nach Meinung der linken Socken nicht. Zahlen tut der weiße Mann.

In Bremen freut sich der einst einwanderungskritische Prof. Stefan Luft, daß es keine neue Asyldebatte gebe und alle Bremer sich über neue Prostituierte, Bettler und Einbrecher aus dem Balkan ergötzen. In Berlin werden zusätzliche Sprach- und Kulturmittler für die Integration von Roma-Kindern in zwölf Neuköllner Schulen eingestellt. *Auch Roma-Familien bekommen mehr Unterstützung. Der Bezirk erhielt für diese personelle Aufstockung vom Senat Mittel in Höhe von knapp 90.000 Euro.* Meldet die Morgenpost heute, und auch das zahlt der weiße Mann.

Schwarze dürfen von der Polizei nicht mehr kontrolliert werden, wenn sie nicht gerade eine Tonne Rauschgift abladen, denn das wäre Rassismus. Nur Weiße dürfen bedenkenlos kontrolliert werden, meldete PI, und die Polizei wird täglich von Linken angegriffen, sie sei rassistisch und müsse interkulturell geschult werden, damit sie besser die schwarze Hautfarbe sehe und keinen Schwarzen mehr anzugucken wage, eine aktuelle Forderung der Mauermörderpartei und der Grünen in Frankfurt.

Wenn man in Berlin einen unbeliebten Lehrer wegbringen will,

muß ein dunkelhäutiges Kind nur behaupten, er habe „Nigger“ zu ihr gesagt, dann wird der weiße Beamte von allen Behörden weggemobbt und braucht drei Jahre, bis er mithilfe der Gerichte zurückdarf, wenn er Glück hat. Das steht heute im Tagesspiegel, und die Lehrerin Ursula Sarrazin hat diesen Trick in ihrem Buch auch geschildert.

Und wehe, es soll auch nur eine Roma-Familie abgeschoben werden, dann steht die Lokalpresse, irgendein protestantischer Diakon, ein linker Tussenverein und sonstwer auch in Langenau Gewehr bei Fuß, das zu verhindern, denn Serbien ist die Hölle, dahin darf niemand zurück. Der weiße Mann soll Arzt, Wohnung und Sozialhilfe hier bezahlen, wenn nötig lebenslang. Auch in Ludwigsburg sind die Asylheime wieder voll von armen Osteuropäern, aber nur vereinzelt wird bisher vom weißen Mann wie in Dilldorf protestiert.

So könnten wir täglich endlos weiter verlinken, was die Ausräuberung des weißen Mannes durch seine eigenen Artgenossen in Presse, Justiz, Behörden und Politik angeht. Alle obigen Artikel sind übrigens höchstens zwei Tage alt.

Gibt es noch eine Hoffnung auf Besinnung aus dem allgemeinen migrantischen Irrsinns-Taumel? Vielleicht die Euro-Katastrophe? Erst wenn es dem grünroten, gut verdienenden Milieu finanziell bis an den Rand des Ruins an den Kragen geht, wird die rotlackierte Humanitätsmaske fallen.



Die dpa, die Mutter aller Lügen



Zu den verlogenensten Presseeinrichtungen in Deutschland gehört die dpa. Das ist deshalb verheerend, weil fast sämtliche Erzeugnisse der Qualitätspresse und des Fernsehens von der dpa gefüttert werden. Dabei hat oft kein Journalist mehr die Finger dazwischen, sondern die Meldungen werden eins zu eins samt Überschrift gerne übernommen.

Hier das Beispiel des kurdischen Allahu-akbar-Schreiers Orhan S., der seiner Frau in Berlin Kopf und Brust abschnitt und alles vom Dach in den Hinterhof warf.

Die Meldung der dpa sah so aus:

*Prozess in Berlin Sechsfache Mutter zerstückelt
dpa, 06.11.2012 10:47 Uhr*

Berlin – Ein Ehemann, der seine Frau erstochen und zerstückelt hatte, ist geständig. Der möglicherweise psychisch kranke Mann erklärte am Dienstag vor dem Berliner Landgericht, Gott habe ihm die Tat befohlen. „Ich habe gedacht, ich bin Jesus und sie ist der Teufel“, sagte der 32-jährige Abrissunternehmer. Der Beschuldigte hatte die Mutter von sechs gemeinsamen Kindern am 4. Juni 2012 auf der Terrasse ihrer Kreuzberger Wohnung mit Messerstichen getötet. Den Kopf und eine Brust der 30-Jährigen warf er in den Hof. Die Anklage wirft dem Familienvater Totschlag vor. Die Staatsanwaltschaft strebt wegen Schuldunfähigkeit die

Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik an.

Die Stuttgarter Zeitung übernahm diese Meldung zunächst online genau so und erweiterte sie erst später. Im gedruckten Artikel von gestern war dann immerhin „Allahu akbar“ und „Türkin“ weiter unten zu lesen. Wer den Artikel bloß schnell überflog, sah dagegen immer noch nur die dpa-Wörter wie „Ehemann“, „ein 32 jähriger Berliner“, „der Abrissunternehmer“, „der psychisch kranke Vater“, „der Mann“ und so weiter.

Das Wort „Türke“ oder „Kurde“ oder „Migrant“ oder „Deutscher mit türkischen Wurzeln“ kam nicht vor. „Verbrecher“ natürlich auch nicht. Genau so ähnlich lief es beim Tagesspiegel, wie wir bereits gemeldet haben. Auch dort eindeutig die Handschrift der politkorrekten Allahu-akbar-dpa.

Bundesverwaltungsgericht / NPD-Kaminfeger



Das Bundesverwaltungsgericht entzog als nächste Instanz einem rechtsextremen Kaminkehrer seinen Bezirk, weil er unter anderem an „Totenehrungen“ für die Mörder des jüdischen Außenministers Rathenau teilnahm. Der 1958 geborene Handwerker ist kein NPD-Mitglied, sitzt aber für die Partei im Stadtrat von Laucha und im Kreistag des Burgenlandkreises.

Zwar bestehe bei Kaminkehrern keine Pflicht zur absoluten Verfassungstreue wie etwa bei Beamten, aber als sogenannte „Beliehene“ nähmen sie öffentliche Aufgaben wahr – und müssten deswegen auf jeden Fall die Grundrechte ihrer Kunden achten.

Was sind die „Grundrechte“ der Kunden? Daß der Staat nicht jeden Idioten einstellen oder anstellen muß, ist klar, und für den Rathenau-Mord zu demonstrieren, ist absolut unterirdisch. Trotzdem besteht bei solchen Urteilen die Befürchtung, daß sie der Türöffner für ähnliche Kündigungen bei weniger offensiven konträren politischen Meinungen sein könnten, wo dann jeder Bürgermeister von der SED-PDS-Mauermörder-Partei demjenigen Angestellten kündigen kann, der nicht Kommunist und Anhänger des Massenmörders Stalin ist.



Blockiert Vodafone Internetzugang zu PI?



Immer wieder erhalten wir Emails von unseren Lesern, die uns mitteilen, dass ihr Internet-Anbieter PI gesperrt hat. Jüngster Fall: Vodafone. Kunden der

britischen Mobilfunkgesellschaft können seit einigen Tagen PI nicht mehr auf ihrem Smartphone empfangen.

PI-Leser M. schreibt uns dazu:

Hallo zusammen,

habt Ihr Informationen bzgl. einer möglichen Sperrung von PI-News im Vodafone-Netz?

Ich bin Klarmobil-Kunde und mit meinem Smartphone bei Klarmobil im Vodafone-Netz unterwegs. Seit 2 Tagen bekomme ich mobil keinen Zugriff mehr auf PI-News.

Nach langer Ladezeit erscheint entweder eine weiße Seite oder ich erhalte die Meldung, dass der Server nicht gefunden wurde.

Sobald ich mich allerdings in ein WLAN-Netz einlogge, funktioniert alles prächtig.

Meine Freundin hat das selbe Smartphone wie ich und auch das selbe Betriebssystem, lediglich der Provider ist ein anderer. Auch hier funktioniert PI-News problemlos.

Kann das sein, dass da wieder jemand zensiert?

Anfrage an Klarmobil und Vodafone habe ich bereits gestellt und warte auf Antwort.

Grüße

M.

Haben andere Vodafone-Kunden unter unseren Lesern in den letzten Tagen ähnliche Erfahrungen gemacht?

Nachfragen unter:

» kontakt@vodafone.de

» Vodafone-Kundenbetreuung: 0800/1721212

UPDATE: Inzwischen hat sich „Klarmobil“ gegenüber PI-Leser M. zu dem Fall geäußert.

Sehr geehrter Herr...

vielen Dank für Ihre E-Mail.

Wir sperren von uns aus keine bestimmten Seiten für den Zugriff. Unter Umständen liegt eine Serverüberlastung für den mobilen Zugriff seitens Pi-News.net vor.

Mit freundlichen Grüßen

klarmobil Kundenbetreuung



Witz des Tages: „München ist bunt“

Das politische, kirchliche und mediale München ist in heller Aufregung. Der Grund: Am kommenden Samstag demonstriert PRO Deutschland unter dem Motto „München gegen Islamisten – nein zur Moschee!“ zunächst vor der fundamentalistischen Moschee des Prügel-Imams beliebten DiaLÜG-Partners Abu Adam und zieht dann zum geplanten Bauplatz des europäischen Islamzentrums. Um sich nicht mit dem unangenehmen Thema Islam auseinandersetzen

zu müssen, schiebt die Initiative „München ist blöde bunt“, die sich u.a. aus Vertretern etablierter Parteien und Kirchen zusammensetzt, die früheren NPD-Mitgliedschaften einiger Akteure von PRO in den Vordergrund.

(Von Michael Stürzenberger)

Damit versuchen die verlogenen Politiker und scheinheiligen Kirchenleute von den brandgefährlichen Fakten rund um das Skandalprojekt „ZIE-M“ abzulenken. Das durchschaubare billige Manöver wird von den Medien sekundiert: Gestern Abend sendete München TV eine Reportage, in der man bedrohliche Aufmarschbilder von Neonazis in München zeigte und sie mit der PRO-Bewegung gleichsetzte, was mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.

Die Politiker der „bunten“ Initiative sollten sich lieber einmal an einem Freitag ansehen, wie knapp tausend zugehängte und langbärtige Figuren in die Abu Adam-Moschee hineinmarschieren. Man ist sich bei diesem Anblick nicht mehr so ganz sicher, ob man sich in München oder Islamabad befindet.



Und sie sollten sich endlich einmal kritisch mit dem terrorfinanzierten und von einem verfassungsschutzbekannten

Imam geplanten europäischen Islamzentrum beschäftigen, das den Münchnern mitten in ihre schöne Stadt gepflanzt werden soll.



Aber der jüdische Mitbürger und CSU-Mann Marian Offman beispielsweise schnitt mir vor zwei Jahren im CSU-Integrationsausschuss lieber das Wort ab, als ich die hochbedenklichen Fakten zu Imam Idriz vortrug, faselte etwas von „Diffamierung“ und sprach sich für die „Weltoffenheit“ seiner Partei aus. Jetzt trägt er ganz stolz das „München ist bunt“-Plakat (auf dem Titelbild der zweite von rechts).

Wir von der FREIHEIT ziehen am Samstag unsere Kundgebung zur Unterschriftensammlung gegen das ZIEM in der Münchner Fußgängerzone wie immer konsequent durch und sagen als Motto unserer Gegeninitiative:

Wenn Offman ehrlich wäre, müsste er vor der aggressiven Monokultur des Islams warnen, anstatt „buntes“ Geschwätz von sich zu geben. Gerade als Jude sollte er wissen, was die Gewaltbereitschaft, Tötungslegitimation und der totalitäre weltliche Machtanspruch dieser Ideologie in der Realität bedeuten.

Hier die Reportage von München TV:

Die Abendzeitung ist auch auf den „bunten“ Zug aufgesprungen

und berichtet:

Der rechte Demonstrationzug geht über den Goetheplatz zum Sendlinger-Tor-Platz. Mit einer Kundgebung am Goetheplatz will ab 11 Uhr ein breites Bündnis den Rechten die Stirn bieten. Dazu gehören unter anderem: SPD, CSU, Grüne, FDP, Linke, Weihbischof Engelbert Sieber, Stadtdekanin Barbara Kittelberger und OB Christian Ude.

Sie alle solidarisierten sich gestern mit dem Penzberger Imam Benjamin Idriz, der in München ein Zentrum für Islam (Ziem) gründen möchte. Das könnte auf einem städtischen Grundstück beim Stachus sein. Allerdings fehlt ihm das Geld für diese Großinvestition. Dafür hat er die Unterstützung aller Rathausfraktionen. Die rechtspopulistische „Freiheit“ hat ein Bürgerbegehren gegen „Ziem“ begonnen.

„Wir müssen uns stark dafür einsetzen, dass niemandem das Recht auf Religionsausübung verwehrt wird“, mahnte Weihbischof Sieber, als das Bündnis gestern zur Gegenkundgebung aufrief. „Die Münchner wollen keine rassistische Organisation in ihrer Stadt“, so der Landtagsabgeordnete Florian Ritter. Und für den jüdischen Stadtrat Marian Offman ist es unerträglich, dass ein Neonazi schon im Stadtrat sitzt.

Bei solchen Weihbischöfen und Stadtdekanen kann man der katholischen und evangelischen Kirche nur wünschen, dass Christen massenhaft austreten und sich beispielsweise Freikirchen anschließen, die den Islam wesentlich realitätsbewusster beurteilen und nicht in beschämender Weise die Augen verschließen, dass jährlich schätzungsweise 100.000 ihrer christlichen Brüder und Schwestern in islamischen Ländern massakriert werden.

Spannend ist noch die Mitteilung der Abendzeitung, dass Idriz die öl- und terrorverschmierte Kohle aus Katar offensichtlich noch nicht erhalten hat. Ist dem Al Qaida-Fan Hamad bin

Chalifa Al Thani seit der 400-Millionen-Spritze für die Judenkiller der Hamas etwa die Luft ausgegangen?

Kontakt zu den Medien:

» info@muenchentv.de

» redaktion@abendzeitung.de

(Videobearbeitung: theAnti2007)

Bistum Münster biedert sich dem Islam an

✘ Am 30.10.2012 wurde in Münster mit einem großem Festakt das „Zentrum für Islamische Theologie Münster / Osnabrück“ (ZIT) offiziell eröffnet. An diesen Standorten sollen in Zukunft islamische Nachwuchswissenschaftler, Religionsgelehrte und Lehrer für den islamischen Religionsunterricht ausgebildet werden.

(Von Westgermane / PI-Münster)

Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) sprach von einem „großen Tag für die Theologie im Haus der Wissenschaft und einem großen Tag für den Dialog der Religionen“. Weiter sagte sie: „Wir wollen dazu beitragen, dass die vier Millionen Muslime, die in Deutschland leben, in unserer Gesellschaft beheimatet sein können.“

Der jetzige Leiter des ZIT, Islamwissenschaftler Prof. Mouhanad Khorchide, ist stolz darauf, dass Kooperationen mit anderen islamischen Ländern und besonders mit den Universitäten Kairo und Teheran bestehen.

Damit noch nicht genug, soll nun auch ein „repräsentativer Moschee-Komplex“ auf dem Universitätsgeländer entstehen. Wie ein Werbeprospekt der Uni Münster schreibt, wird dies „eine goldene Investition für die Zukunft der Muslime in Deutschland“ sein. Der Bau soll mit Spendengeldern finanziert werden, die nach inoffiziellen Berichten aus Katar stammen sollen.

Die katholische Kirche äußerte sich nur kurz zum Moscheebau: „Es wäre augenblicklich nicht opportun und auch wenig hilfreich, einen möglichen Moscheebau zu kommentieren“, sagte Bistums-Sprecher Karl Hagemann. „Der interreligiöse Dialog mit den Muslimen stehe auf erprobter und bewährter Grundlage.“

Kritische Stimmen zum Zentrum für Islamische Theologie gab es seitens der Kirchen bisher nicht. Gerade von der katholischen Kirche im Bistum Münster hätte man dieses erwartet. Kritikloses Schweigen der Christlichen Kirche dient wohl ausschließlich der Anbiederung an den Islam.

Einzig eine Protestaktion der Gruppe „Free Minds“ fand statt. Sie wurde aber des Uni-Geländes verwiesen. „Free Minds“ setzt sich aus Studentinnen mit muslimischem Hintergrund zusammen.



Exemplarisch. Uni-Chefin Prof. Ursula Nelles verweist kritische Proteste des Uni-Geländes.

Die Zustände in unserem Land werden immer unerträglicher: Lehrstühle werden an Kandidaten vergeben, die radikale Muslime bevorzugen. Kritik und Protest muslimischer Frauen wird nicht geduldet und die Kirche sieht es zur Zeit als wenig hilfreich an, Kritik oder Stellungnahmen zu äußern. Und all dies wird auch noch von unserer Politik gefördert...

BaZ-Chef: Amerika hat gewählt – den Falschen



Weitere vier Jahre Obama. Nun dürfen wir weiter mit einer schleppenden, halbherzigen, ruhelosen Politik in den USA rechnen. So wird der Westen nicht genesen.

Es gehört sich nicht, das Ergebnis einer demokratischen Wahl zu beklagen, und dennoch muss ich festhalten: Barack Obamas Wiederwahl ist keine gute Nachricht – für Amerika nicht, noch für den Westen insgesamt.

Seit Woodrow Wilson ist Obama der erste Präsident, der – was das Volksmehr anbelangt – weniger Stimmen macht als das erste Mal bei seiner Wahl zum Präsidenten. Wenn bisher ein Amtsinhaber bestätigt wurde, dann erhielt er von der

Bevölkerung immer deutlich mehr Vertrauen – oder man wählte ihn ab. Leider wird das Obama nicht davon abhalten, sein Mandat extensiv auszulegen – so wie er das mit besserem Grund ab 2008 getan hatte. Amerika wird also weitere vier Jahre lang einem sozialdemokratischen Experiment unterworfen werden und sich so dem – erfolglosen – europäischen Vorbild annähern. [...]

(Von Markus Somm, Basler Zeitung. Voraussichtlich der einzige Obama-kritische Kommentar eines deutschsprachigen Chefredakteurs nach der US-Wahl)

Hans Rühle: Die Gefahr einer Nuklearmacht Iran



Könnte ein atomar bewaffneter Iran mit Drohungen gestoppt werden? Die Geschichte lehrt: Der nukleare Gegenschlag schreckt fanatische Staaten kaum ab. Der Westen hat das lange nicht verstanden.

Auszug:

[...] Die Gefahr der Religion

Wie aber steht es um die Rationalität der Führung einer potenziellen Nuklearmacht Iran?

Die Beantwortung dieser Frage setzt die Erkenntnis voraus, die John Agresto, der ehemalige Präsident des Saint Johns College in New Mexiko, nach einschlägigen Erfahrungen im

Irakkrieg vor einigen Jahren so formuliert hat: „Wir im Westen haben die Religion so kraftlos werden lassen, so weit marginalisiert, dass wir immer wieder ihre Grausamkeit und Stärke unterschätzen... Wir verstehen weder, dass man für Gott töten, noch dass man für ihn sterben kann. Andere aber tun genau das.“

Die Regierung des Iran hat in der Nachfolge Khomeinis und seiner radikalen islamischen Revolution nie einen Zweifel daran gelassen, dass Allahs Gebote höher stehen als alles menschliche Leben.

Die irakische Invasion von 1980 kommentierte Khomeini diesbezüglich eindeutig: „Wir verehren nicht den Iran, wir verehren Allah. Denn Patriotismus ist nichts weiter als ein anderer Name für Heidentum. Ich sage, lasst dieses Land Iran brennen. Ich sage, lasst dieses Land in Rauch aufgehen – wenn nur der Islam im Rest der Welt triumphiert.“

*Das ist nichts anderes als die Bereitschaft zum kollektiven Martyrium, wenn die Stunde gekommen sein sollte. In vielen gegenwärtig noch genutzten Schulbüchern findet sich hierzu eine viel zitierte Aussage Khomeinis: „Entweder schütteln wir uns in der Freude über den Sieg des Islam in der Welt die Hand, oder wir wählen alle das ewige Leben und das Märtyrertum. In beiden Fällen gehört uns Sieg und Erfolg.“
[...]*

(Sehr langer und lesenswerter Artikel von Hans Rühle in der WELT – hier weiterlesen)

Drei Artikel über Taqiyya im islamischen Internet

☒ Die Internetseite „Der Prophet des Islam“ hat drei islamische Internetseiten zum Thema Taqiyya untersucht. Das erste Traktat bestreitet, dass im islamischen Dogma zum „Heiligen Krieg“ aufgerufen wird bzw. versucht zu beweisen, dass „nur“ Verteidigungsanstrengungen erlaubt seien und belehrt den Leser obendrein, dass der Islam gegen Glaubenszwang und Unterdrückung sei. Das nächste Dokument unterstellt, dass Dschihad im Koran nicht die Bedeutung von „Heiliger Krieg“ habe, sondern von „Anstrengung, Allah zu gefallen“ und dass nur zum Selbstschutz Kriegshandlungen erlaubt seien. Der letzte Aufsatz bestreitet global, dass Sklaverei ein Bestandteil von Allahs Gesellschaftsordnung sei.

Dschihad muss nicht mit dem Schwert erfolgen. Es gibt viele Möglichkeiten, den Islam in der freien Welt zu befördern; eine davon ist Mission -> *da'wa* im Internet. Auch dafür stellt die islamische Eroberungsideologie eine zweckdienliche Strategie zur Verfügung: -> *Taqiyya*: Täuschung der Ungläubigen:

1. Der Dschihad hat mit dem „Heiligen Krieg“ nichts zu tun
2. Der „Heilige Krieg“ hat mit dem Islam nichts zu tun
3. Sklaven im Islam?

Video: So erleben wir

„Bereicherer“ ständig



In München werden momentan mit Hochdruck Unterschriften gegen den Bau des Europäischen Islamzentrums gesammelt. Am vergangenen Wochenende war wieder von Freitag bis Sonntag Dauereinsatz. Wir erhielten durch die Anreise von acht (!) tatkräftigen Mitstreitern aus Nordrhein-Westfalen enorme Unterstützung. Hier ein kleiner Eindruck per Video, was wir da so alles mit den Kulturenbereicherern erlebten..

(Von Michael Stürzenberger)

In dem folgenden Video ist zu sehen, wie einer die Kamera wegschlagen und ein anderer mit einer Plakatrolle draufhauen will, was von einem Polizeibeamten im letzten Augenblick verhindert wird. Interessant sind auch Beleidigungen wie beispielsweise „Hurensohn“. Einige bezeichneten uns auch als „Zionisten“ und „jüdische..“, was ihre moslemtypische antisemitische Einstellung beweist. Außerdem wurden wir natürlich permanent mit den üblichen „Nazis-“ und „Rassisten-“ Plärrereien diffamiert. Man beachte: Wir sammelten lediglich Unterschriften für ein Bürgerbegehren. Was sich vor dem Perlacher Einkaufszentrum am vergangenen Samstag abspielte, liefert einen tiefen Blick in die moslemische Psyche:

Eine Woche zuvor ereignete sich sonntags vor einer Kirche

diese unheimliche Begegnung mit einem Bereicherer:

Und jetzt das Skurrilste: Ein polnischer „Christ“ wollte uns türkische Medien auf den Hals hetzen:

Dass es langweilig wird bei unseren Unterschriftensammlungen, kann man wahrlich nicht behaupten. An dieser Stelle ein herzlicher Dank an Swetlana, Manuela, Ulrike, Marco, Sebastian, Christian, Joachim und Lothar aus NRW – Eure Unterstützung war klasse!



Ihr seid jederzeit wieder in München herzlich willkommen, wie jeder andere Islamkritiker aus dem gesamten Bundesgebiet und angrenzenden Ländern auch, der sich bei diesem momentan wichtigsten Counterjihad-Projekt in Deutschland beteiligen möchte. Zusammen werden wir Geschichte schreiben!



(Kamera: Thomas Weiß & Sebastian Nobile / Videobearbeitung: Manfred Schwaller / Foto: Ein serbischer Freund)

PS: Am kommenden Samstag sind wir von 11-17 Uhr in der Münchner Fußgängerzone am Richard Strauß-Brunnen, Neuhauserstr. 8, neben der St. Michaelkirche. Der dortige kroatische Gottesdienst kann sich über mangelnden Besuch nicht beklagen:



Dort steht auch der Erzengel Michael, ein schönes Symbol des

Widerstandes:



**Rettet Tansania EU-
Pleitestaat Zypern?**



Tansania liegt in Ostafrika und die Menschen dort sind sehr arm, aber dafür auch sehr kinderreich. Beachtliche 44% der Bevölkerung sind unter 15 Jahre alt. Laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bezieht Tansania 2012 Entwicklungshilfe vom deutschen Steuerzahler im Umfang von 58,7 Millionen Euro. Jetzt könnte das Land für die Eurozone eine Stütze werden.

(Von Étienne Noir)

Zypern ist pleite. Dank Schuldenschnitt für Griechenland mussten die zyprischen Banken deftig bluten. Das Land ist hochverschuldet und bedarf natürlich auch der Hilfe aus dem Eurorettungsschirm. Doch die ist nicht ganz umsonst. EU, EZB und IWF erwarten als Troika Reformen und zwar ohne Wenn und Aber. Das wiederum missfällt den Insulanern. „Wir haben hart gearbeitet und einen beneidenswerten Lebensstandard erreicht und den wollen wir behalten“, sagt ein Gewerkschafter laut WELT.

Das ist menschlich sogar nachzuvollziehen. Doch die Strategie „wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ funktioniert hier eben nicht. Deshalb hat sich das EU-Nettoempfängerland Zypern, das außer Tourismus und seinen Banken nicht viel zu bieten hat, schon Hilfe aus Russland geholt. Immerhin haben viele wohlhabende Russen ihre sicherlich ganz legalen Vermögen auf der Insel gebunkert. Auch aus taktischer Sicht ist es für die Russen sicher ein Reiz, auf Zypern einen Fuß in der Tür zu haben. Wer weiß, wohin die Konflikte rund um den

Mittelmeerraum (Stichwort Nordafrika) noch führen.

Offensichtlich reichen aber auch die großzügigen Hilfen aus Moskau auf Dauer nicht aus, um den enormen Finanzierungsbedarf des Landes zu befriedigen. Deshalb sucht man sich in Nikosia nun neue Freunde in Afrika. Das schon vorbenannte Tansania rückt dabei ins Blickfeld der Inselpolitiker.

Die WELT schreibt:

Es geht um einen unerwarteten Geldsegen: Eigentlich hatte die Regierung gewarnt, bereits Ende des Jahres nicht mehr zahlungsfähig zu sein. Das allerdings hätte auch bedeutet, dass die Verwaltung kein Weihnachtsgeld hätte auszahlen können und das wäre politisch verheerend gewesen. Für Verblüffung sorgte deshalb vor wenigen Wochen, dass die Regierung plötzlich mehr als 200 Millionen Euro aus dem Hut zauberte. Zunächst war die Freude groß. Doch die Quelle des zusätzlichen Geldes verursacht jetzt Stirnrunzeln. Es kommt offenbar von der FBME, einer Bank aus Tansania.

Die FBME (Federal Bank of the Middle East) soll für Geldwäsche und die Finanzierung von Terrorgruppen verantwortlich sein. Nun wird befürchtet, dass das Geschäft mit einem EU-Mitglied die Bank aufwertet; ihr sozusagen den „Ritterschlag“ verpasst. Es ist gut möglich, dass die Bank dank ihres gönnerhaften Entgegenkommens nun eine Banklizenz für Zypern erhält. Eine Zweigstelle auf der Insel hat die Bank bereits. Tansania rettet Eurostaat – wer hätte das je für möglich gehalten.